

Iburger Kitas schlagen Alarm

Sie fordern eine Qualitätsverbesserung im neuen Kita-Gesetz in Niedersachsen.

Wir alle sind stark mit den Auswirkungen von Covid 19 beschäftigt. Trotzdem werden pädagogische Mitarbeiter, Trägervertreter und Elternschaft aktiv und starten eine gemeinsame Email-Aktion an die Landtagsabgeordneten ihres Wahlkreises und weitere politische Verantwortliche.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten warten Eltern, die pädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen und die Trägerverbände auf eine umfassende Novellierung des niedersächsischen Kita-Gesetzes. Der vorliegende Entwurf(kostenneutral) bleibt leider weit hinter den Erwartungen der Akteure im Bereich der Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder zurück. Er beschränkt sich im Wesentlichen auf Verwaltungsanpassungen und die Integration der Kindertagespflege in das Gesetz.

Die negativen Folgen einer unterfinanzierten frühkindlichen Bildung für Kinder, Eltern und Fachkräfte werden Jahr für Jahr durch wissenschaftliche Studien und Erfahrungsberichte bestätigt. Deshalb fordern die großen Kita-Vertretungen in ihrem Appell die Novellierung zu wirklichen qualitativen Verbesserungen zu nutzen, und die auch wissenschaftlich geforderten Qualitätsverbesserungen vorzunehmen. Dazu bedarf es auch weiterer finanzieller Mittel um den Bereich der frühkindlichen Bildung zukunftsweisend zu gestalten und Kindern ein bestmögliches Aufwachsen zu ermöglichen.

Mitarbeiter, Trägervertreter und Elternschaft der Bad Iburger Kitas (St. Hildegard, St. Franziskus, Guter Hirte, Charly´s Kinderparadies und St. Nikolaus) richten sich mit ihrer gemeinsamen Email-Aktion an die politisch Verantwortlichen, wichtige Qualitätsstandards wie zum Beispiel die Verbesserung des Fachkraft- Kind-Schlüssels und tragbare Konzepte zur Gewinnung von mehr Fachkräften im neuen Kita-Gesetz zu verankern. Ohne verbesserte Qualitätsstandards und deren Finanzierung werden die dramatischen Probleme im Kita Bereich auf Kosten der Kinder, Mitarbeiter und Eltern weiter steigen. Diese sind durch die Corona- Beschränkungen ohnehin stark belastet.